

25/1994

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Vor einer Richtungs- entscheidung

Zur Wahl des SPD-Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt mit Zustimmung der PDS erklärte am 22. Juli der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die SPD hat gestern den jahrzehntelangen Konsens aller Demokraten in Deutschland, mit Radikalen von links und rechts nicht zusammenzuarbeiten, aufgekündigt. Die rot-grüne Landesregierung in Sachsen-Anhalt wurde mit Stimmen der kommunistischen PDS gewählt.

Die PDS ist die Nachfolgepartei der SED, die 40 Jahre lang für die deutsche Teilung stand, die Stalins Terrorismus verherrlicht hat, die Verantwortung getragen hat für die Opfer des 17. Juni, für Verbrechen in den Zuchthäusern des DDR-Regimes — in denen auch Repräsentanten der Sozialdemokratie gelitten haben. Die SED hat Verantwortung getragen für Mauer und Schießbefehl, sie hat großes Leid über Millionen von Menschen gebracht. Die PDS als Nachfolgerin der SED verherrlicht in ihrem geltenden Grundsatzprogramm von Januar 1993 nach wie vor die „sozialistische Oktoberrevolution von 1917 als welthistorisches Ereignis, dem die Menschheit grundlegende günstige Entwicklungen im 20. Jahrhundert verdankt“.

In Magdeburg hat die SPD gestern ihre eigene Tradition verraten. Dafür stand ihr erster Nachkriegsvorsitzender Kurt Schumacher. Er nannte die Kom-

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Sachsen-Anhalt

Generalsekretär Peter Hintze: Jetzt arbeitet zusammen, was sich zusammengehörig fühlt. Seite 3

● CDU/CSU

Wolfgang Schäuble: Die Bundestagswahl wird eine Richtungsentscheidung sein. Brief an die Mitglieder der Bundestagsfraktion. Seite 4 bis 12

● Beschäftigung

Neue Chancen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Seite 13
Ausbildung schafft Zukunft. Seite 24

● Bundesrat

SPD-Blockade in der Länderkammer. Seite 18

● Renten

Die Rentenversicherung steht auf einem soliden Fundament. Seite 22

● Konjunktur

Wirtschaftlicher Aufschwung in Deutschland. Seite 26

UID EXTRA

**PDS – Gefahr
von links**

Ohne Wenn und Aber

Reinhard Höppner vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zu einer Minderheitsregierung und zur Zusammenarbeit bzw. Duldung durch die PDS:

SPD-Fraktionschef Reinhard Höppner wies im „Express“-Gespräch das Angebot der SED-Nachfolgepartei ohne Wenn und Aber zurück. Schon zuvor hatte er einer möglichen PDS-Regierungsbeteiligung eine klare Absage erteilt. „Für eine Tolerierung gilt genau dasselbe.“ Der Unterschied zwischen einer direkten Regierungsbeteiligung und einer Tolerierung sei gleich null. Eine Tolerierung ist sogar noch schlimmer. Die PDS wäre in der Lage, die Regierungsarbeit zu behindern, ohne selbst Regierungsverantwortung zu tragen.

Express, 20. Juni

★ ★ ★

„Sie, Herr Bergner, beginnen mit einer Unterstellung, daß wir eine rot-grüne Koalition anstreben. Das habe ich nicht gesagt. Sie haben, statt Mut zu machen, wieder Angst geschürt.“

„Wir werden alles tun, damit eine realistische Politik im Land betrieben wird. Das ist mit der PDS nicht möglich.“

Reinhard Höppner in Volksstimme, 22. Juni

★ ★ ★

Die Tolerierung einer Minderheitsregierung durch welche Partei auch immer birgt zu viele Unsicherheiten in sich. Eine verlässliche Regierungsarbeit ist so nicht möglich.

Reinhard Höppner in Neues Deutschland, 24. Juni

★ ★ ★

Mit einer solchen Minderheitsregierung bin ich stets auf die Stimme der PDS angewiesen, das wäre politisch tödlich für mich.

Reinhard Höppner, zitiert in der taz am 29. Juni

★ ★ ★

... über Koalitionspartner: Die PDS nicht, weil sie Stalinisten in ihren Reihen duldet und die Leute mit populistischen Parolen aufhetzt.

Reinhard Höppner in Super Illu, 23. Juli

(Fortsetzung von Seite 1)

munisten „rot lackierte Faschisten“. Für jedermann ist erkennbar, daß der Probeaufmarsch für das unternommen wurde, was die SPD auch auf Bundesebene plant. Ungeachtet ihrer Beteuerungen will die SPD auf gleiche Weise — nämlich mit Hilfe der Grünen und der kommunistischen PDS — in Bonn an die Macht kommen.

In der deutschen Politik ist mit der gestrigen Entscheidung der SPD in Magdeburg, die von der SPD-Führung in Bonn unterstützt und gefördert wurde, eine grundlegende Veränderung eingetreten.

Die Wählerinnen und Wähler stehen damit bei der Bundestagswahl vor einer Richtungsentscheidung über die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland.

Die CDU Deutschlands wird sich wie stets in der Vergangenheit auch weiterhin eindeutig von rechts- und linksradikalen Parteien abgrenzen und sich zugleich dafür einsetzen, deren Wähler für die demokratischen Parteien zurückzugewinnen. Die SPD, die sich dieser selbstverständlichen demokratischen Pflicht versagt, läßt schwere Verantwortung auf sich. ■

Generalsekretär Peter Hintze:

Jetzt arbeitet zusammen, was sich zusammengehörig fühlt

Entgegen den Beteuerungen von SPD-Chef Rudolf Scharping, mit der SED-Nachfolgeorganisation PDS nicht zusammenarbeiten zu wollen, ist es auf Druck der Bonner SPD-Führung in Magdeburg zu einer rot-grün-tiefroten Zusammenarbeit gekommen.

Ohne Scheu und Scham haben sich SPD und PDS die Hände gereicht. So ist es kein Wunder, daß bereits am Magdeburger Wortbruchabend die PDS sich mit einer freundlichen Gratulation an die „Lieben Genossinnen und Genossen“ der SPD gewandt hat. Jetzt arbeitet zusammen, was sich zusammengehörig fühlt. Der gemeinsame Bezug auf den Sozialismus in

den Grundsatzprogrammen von SPD und PDS bildet die ideologische Brücke, auf der sich die neue deutsche Linksfront trifft.



Die Bundestagswahl wird jetzt, wie seit Jahrzehnten nicht mehr, zu einer politischen Richtungsentscheidung, die unser Gemeinwesen in den Grundfesten erschüttern würde, falls Rot-Grün-Tiefrot die Geschicke unseres Landes in die Hände bekäme.

Einreichungsfrist der Listenvorschläge

zur Bundestagswahl endet am 11. August 1994

Am 11. August 1994, 18.00 Uhr, endet die Einreichungsfrist der Listenvorschläge zur Bundestagswahl beim jeweiligen Landeswahlleiter. Damit die Landesgeschäftsstellen etwaige Korrekturen an den Listen vornehmen können, sollten die Wahlvorschläge rechtzeitig vor der Einreichungsfrist beim Landeswahlleiter vorliegen. Ebenso wie die Landesgeschäftsstellen haben die beauftragten Kreisgeschäftsstellen der jeweiligen Wahlkreise die Einreichungsfrist bei den Kreiswahlleitern zu wahren und ent-

sprechend die kompletten Listenvorschläge mit allen Anlagen mängelfrei einzureichen. Die einreichende Stelle der Parteiorganisation sollte sich die Einreichung der Liste vom jeweiligen Landes- bzw. Kreiswahlleiter bestätigen lassen. Sollten bezüglich Wahlrecht und Satzung Probleme auftreten, erteilt der Justitiar der Landesgeschäftsstelle, Peter Scheib (Telefon 02 28/5 44-5 47) sowie der Leiter der Abteilung Parteiorganisation, Stefan Stinner (Telefon 02 28/5 44-5 39) Auskunft.

Wolfgang Schäuble:

Die Bundestagswahl wird eine Richtungsentscheidung sein

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Mit dem Beginn der Sommerpause 1994 sind wir faktisch am Ende der gesetzgeberischen Arbeit dieser Legislaturperiode angelangt. Es war die erste im wiedervereinten Deutschland. Wir hatten eines der umfangreichsten Programme in der Geschichte unserer Bundesrepublik zu bewältigen: für die Herstellung der deutschen Einheit, für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft des Standorts Deutschland, für den Weg zur Europäischen Union, für die Wahrnehmung der Verantwortung Deutschlands für den Frieden.

Wir haben ein beachtliches Stück Arbeit geleistet. Ihnen allen, die Sie dabei mitgewirkt haben, möchte ich sehr herzlich danken. Wir haben es uns nicht leicht machen dürfen und wollen. Die großen Aufgaben, die vor uns standen, erforderten große Anstrengungen. Jetzt müssen wir unsere Kraft darauf konzentrieren, daß die Union mit Helmut Kohl an der Spitze die erfolgreiche Arbeit für unser Land fortsetzen kann. Die Union ist die entscheidende gestaltende Kraft in Deutschland. Sie muß es auch bleiben.

Im vierten Jahr nach der Wiedervereinigung zeigt sich in aller Deutlichkeit, daß unsere Politik für den Aufbau in den neuen Bundesländern zum Erfolg führt. Der Aufschwung setzt sich dort auch

1994 mit hohem Tempo fort. Mehr noch, die für die nächsten Jahre prognostizierte positive wirtschaftliche Entwicklung in ganz Deutschland wird wesentlich von der Schrittmacherfunktion der ostdeutschen Länder beeinflusst. Mit einem realen Wachstum von voraussichtlich 9 Prozent für 1994 gehören sie inzwischen zu den dynamischsten Wachstumsregionen der Welt. Besonders erfreulich dabei ist, daß wir den Preisauftrieb in Ostdeutschland unter Kontrolle haben. 1994 und 1995 ist eine Inflationsrate von ca. 3 Prozent zu erwarten nach 11,4 bzw. 8,8 Pro-

Brief des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, an die Mitglieder seiner Fraktion

zent in den Jahren 1992 und 1993. Die Richtigkeit unseres Kurses wird durch den gewaltigen Investitionsschub in den neuen Ländern unterstrichen: Die für 1994 vorgesehenen Anlageinvestitionen sind mit gut 160 Mrd DM doppelt so hoch wie das Investitionsvolumen von 1991, dem ersten Jahr nach der Wiedervereinigung. Je Erwerbstätigen sind die Investitionen in Ostdeutschland nahezu drei Mal so hoch wie im Westen Deutschlands. Damit ist klar: mit Entschlossenheit und Tatkraft haben wir sehr viel mehr erreicht, als jeder Opposition lieb sein kann.

Aber auch etwas anderes ist spätestens

seit dem 21. Juli klargeworden: Was unserem Land bevorstünde, wenn die Union nicht mehr die bestimmende Kraft wäre, zeigen in beklemmender Weise die Ereignisse in Magdeburg. Die Sozialdemokraten können noch so viel schönreden oder verharmlosen: Daß fünf Jahre nach dem mutigen Aufstehen der Menschen in der DDR gegen ihre kommunistischen Unterdrücker von der SED ein Ministerpräsident mit Stimmen der Nachfolgepartei eben jener Unterdrücker ins Amt gewählt wird, das ist schon ein schwarzer Tag für Deutschland.

Einen Tag, nachdem wir der Männer und Frauen des 20. Juli und ihres Vermächtnisses für Deutschland und die Demokratie gedacht haben, bricht die SPD ihr Wort, mit der PDS nicht zusammenzuarbeiten. Sie paktiert mit den Erben jener, die Kurt Schumacher richtig „rot lackierte Faschisten“ genannt hat, und Schumacher wußte, wovon er sprach.

Weiß die SPD heute nicht mehr, mit wem sie sich da einläßt? Daß sie sich mit einer Partei gemein macht, die unverfroren genug ist, noch 1993 ein Programm zu verabschieden, in dem die Auswirkungen der kommunistischen Oktoberrevolution in Rußland auf das 20. Jahrhundert gepriesen werden?

Ich fürchte, daß die SPD dies alles nicht nur weiß, sondern auch billigend in Kauf nimmt um der Macht willen. Denn was in Sachsen-Anhalt geschehen ist, ist beileibe keine regionale Angelegenheit. Rudolf Scharping hätte zwar gerne, wenn die Öffentlichkeit ihm diese Version abnähme. Aber die Fakten sprechen eine andere Sprache. Nichts, aber auch gar nichts hätte die SPD in Sachsen-Anhalt davon abgehalten, zusammen mit der CDU als stärkster Fraktion eine stabile Mehrheitsregierung zu bilden.

Statt dessen haben die Sozialdemokraten ohne Not mit den Grünen zielstrebig ein Minderheitskabinett gezimmert, das nur regieren kann, wenn die PDS als stiller und mitbestimmender Teilhaber mit am Tisch sitzt. Da helfen dann alle Ausflüchte von Scharping und Verheugen nichts: Solch ein vermeidbares Abenteuer macht nur Sinn, wenn es die Probe auf das Exempel Bonn sein soll.

Zu Lasten der Demokratie

Die Fakten machen auch alle Rechen-spielchen über Mehrheiten zur Farce: Die SPD hat Reinhard Höppner wie selbstverständlich von der PDS in das Amt des Ministerpräsidenten mitwählen lassen. Und das war gut organisiert: Der Ablauf der Wahlgänge, die paßgenaue Zahl von 48 Jastimmen bei 95 abgegebenen im dritten Wahlgang zeigt, wie präzise das Komplott zu Lasten der Demokratie zwischen SPD und PDS funktioniert hat. Allen Eventualitäten war vorgebeugt. Die SPD hat sich so in einen Pakt mit den Erben des Totalitarismus begeben. Dies alles wird nicht besser, wenn als Begründung erhalten muß, man könne ein Fünftel der Wähler nicht ignorieren, müsse ihre Repräsentanten in die Verantwortung einbinden. Warum dann nicht gleich ein PDS-Ministerpräsident? Mich erinnert dieses Denkmuster nicht nur an die Naivität jener, die in den frühen 30er Jahren eine totalitäre Partei an der Regierung beteiligten, um sie vermeintlich in die Verantwortung zu nehmen.

Mich erinnert dies auch an die Politik der Sozialdemokraten, Wandel durch Anbiederung an die SED betreiben zu wollen. Nein, die Erben von Ulbricht und Honecker, von Mauerschützen und Gefängnis-schergen, die Erben jener, die

Familien auseinandergerissen und Menschen totgeschossen haben, die nichts weiter wollten, als ihrem Gefängnis zu entkommen, sie haben in der deutschen Politik an verantwortlicher Stelle nichts, aber auch gar nichts zu suchen.

Ihre Wähler müssen für die Demokratie gewonnen werden, soweit das möglich ist. Dabei hat die SPD versagt. Ihre Kapitulation vor der PDS ist zugleich die Aufkündigung des demokratischen Konsenses in der Bundesrepublik, sich mit radikalen Kräften nicht einzulassen. Indem er dies alles zuläßt, hat Rudolf Scharping nicht nur eine Hemmschwelle gesenkt, sondern diese bereits überschritten. Ich fordere uns alle auf, nicht müde zu werden, dies den Wählern immer und immer wieder zu sagen. Denn wer solchen Anfängen nicht wehrt, läßt zu, daß diese Bundesrepublik Deutschland in ihrem Fundament verändert wird.

Ungewöhnlich erfolgreich

Die sommerlichen Tage des Juli 1994 waren außenpolitisch für unser Land ungewöhnlich erfolgreich.

Uns allen sind noch die Bilder vom ersten Besuch eines Präsidenten der Vereinigten Staaten im wiedervereinten Deutschland vor Augen. Bill Clinton hat die Gelegenheit genutzt, uns Deutsche zu stärkerem außenpolitischen Engagement und zur Bereitschaft zur Übernahme von mehr Führungsverantwortung zu ermutigen, und zugleich das enge transatlantische Miteinander nachdrücklich bekräftigt: „Amerika steht an Ihrer Seite jetzt und für immer.“ Diese deutsch-amerikanische Partnerschaft ist zum Nutzen aller in Europa und beansprucht keine Exklusivität. Unser Teil in dieser Beziehung wird in den nächsten Jahren darin bestehen, Verantwortung auch tatsächlich zu über-

nehmen, durch eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik die strategische Partnerschaft mit den USA mit Leben zu erfüllen.

Am 14. Juli, anlässlich des französischen Nationalfeiertages, und vergangene Woche in Brüssel bei der Parade zum 50. Jahrestag der Befreiung Belgiens von der deutschen Besatzung, haben deutsche Soldaten des Eurokorps gemeinsam mit ihren französischen, belgischen, spanischen und luxemburgischen Kameraden an den Feierlichkeiten teilgenommen. Beide Ereignisse verbinden sich mit besonderen Emotionen und Erinnerungen, so daß die Entscheidung, deutsche Soldaten daran zu beteiligen, eine noble Geste und ehrenvolle Anerkennung für das Deutschland ist, das seit über 40 Jahren freundschaftlich und partnerschaftlich seinen westeuropäischen Nachbarn verbunden ist und seinen Beitrag zur Einigung Europas leistet.

Darüber hinaus ist die Einladung an die Bundesrepublik Deutschland Ausweis eben jenes Zusammenwachsens unseres Kontinents, ohne das dieser keine Zukunft haben wird. Und wir selbst werden in diesem Kontinent nur dann Zukunft haben, wenn wir zu allen Aspekten der europäischen Einigung unseren eigenverantwortlichen Beitrag leisten.

Neue Herausforderungen

Deshalb war es wichtig, daß die Koalition Klarheit geschaffen hat über die zukünftige Struktur der Bundeswehr. Mit Hauptverteidigungskräften und einer 10monatigen Wehrpflicht mit anschließender Verfügungsbereitschaft auf der einen Seite sowie speziellen Krisenreaktionskräften auf der anderen Seite werden wir den neuen Herausforderungen an unsere Streitkräfte gerecht. Deshalb hat der Geschäftsführende Vorstand am

12. 7. 1994 der Fraktion Zustimmung zu diesem Konzept empfohlen.

Auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli war von kaum zu überschätzender Bedeutung. Die Auffassung der CDU/CSU-Fraktion wurde voll und ganz bestätigt: daß Einsätze der Bundeswehr durch das Grundgesetz gedeckt sind, daß eine Änderung des Grundgesetzes nicht Voraussetzung für solche Einsätze ist, daß das Parlament an der Entscheidung über solche Einsätze zu beteiligen ist.

Es war richtig, daß nach dem Urteil die Bundesregierung den Auftrag für die deutschen Schiffe und Flugzeuge, die das UN-Embargo gegen Restjugoslawien und das Flugverbot über Bosnien-Herzegowina durchsetzen, an den unserer Verbündeten angeglichen hat. Dies war richtig im Interesse unserer Soldaten, und dies war richtig im Interesse der Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben über 40 Jahre davon profitiert, daß andere für unsere Sicherheit und Freiheit einzustehen bereit waren. Jetzt, wo die unmittelbare Bedrohung unseres Staates weggefallen ist, müssen wir uns beteiligen an den Bemühungen aller, Frieden und Freiheit zu bewahren. Dies ist nicht nur eine Frage der Dankbarkeit, dies liegt in unserem ureigensten Interesse. Denn Frieden und Freiheit in Europa sind unteilbar. Indem wir uns mit unseren Partnern für sie einsetzen, schützen wir auch unseren eigenen Frieden. Und je glaubwürdiger und deutlicher wir gemeinsam mit unseren Partnern Verletzungen des Friedens entgegentreten, desto sicherer werden wir den Frieden machen.

Die Entscheidung über das Ob, Wo und Wie künftiger Friedensmissionen der

Bundeswehr kann nun nach politischen Maßstäben fallen. Sie muß auch für jeden Einzelfall neu getroffen werden, denn es ist nicht unser Interesse, möglichst viele Soldaten der Bundeswehr an möglichst zahlreichen Krisenherden der Welt einzusetzen.

Das Urteil war wichtig zu Beginn der EU-Präsidentschaft Deutschlands im zweiten Halbjahr 1994. Denn gerade der Krieg im ehemaligen Jugoslawien und die Unfähigkeit Europas, ihn aus eigener Kraft einzudämmen, zeigen, wie dringlich die Entwicklung einer wirklich gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik dieser Union ist. Ihre Stärkung wird vorrangig Aufgabe der nächsten Monate und Jahre sein.

Bündnisfähig bleiben

Entscheidend ist, daß Deutschland partnerschafts- und bündnisfähig bleibt. Folgte man den gequälten Wendungen und Windungen der Sozialdemokraten, die in Karlsruhe auf der ganzen Linie verloren haben, so wäre unser Land zur Bündnisunfähigkeit verurteilt.

Weil wir Frieden und Freiheit niemals für uns alleine sichern können, müssen wir mit anderen zusammenwirken, und wir müssen dies mit grundsätzlich gleichen Rechten und Pflichten tun. Nur wenn wir bündnisfähig und verlässlich bleiben, vermeiden wir auch die Gefahr, daß ein vereintes Deutschland sich wieder, wie schon einmal in seiner Geschichte, in politische Alleingänge treiben ließe und sich auf Sonderwegen wiederfände. Deshalb war es richtig und wichtig, daß Regierung und Parlament nach dem Urteil rasch Klarheit schufen.

Das Bundeskabinett hat am 15. 7. 1994 den Entwurf für den Bundeshaushalt 1995 beschlossen. Dem Geschäftsführenden Vorstand der CDU/CSU-Fraktion hatte zuvor Theo Waigel am 12. Juli 1994 darüber berichtet, und wir haben seinen Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen.

Es war richtig, auch drei Monate vor der Bundestagswahl den Haushalt für 1995 termingerecht vorzulegen. Er dokumentiert unsere Entschlossenheit, unsere auf Konsolidierung und Wachstum ausgerichtete Haushalts- und Finanzpolitik auch in der nächsten Wahlperiode fortzusetzen. Dies schafft Vertrauen, auch international, wie uns beim Weltwirtschaftsgipfel in Neapel von unseren Partnern jüngst wieder bestätigt wurde.

Eine Folge unserer konsequenten Konsolidierungspolitik ist, daß die Inflation unter Kontrolle bleibt. Die D-Mark ist stabil: Der Preisauftrieb wird sich in diesem und vermutlich auch im nächsten Jahr weiter abschwächen und bis zum Jahresende deutlich unter 3 Prozent sinken.

Auch andere Daten geben Anlaß zur Zuversicht: Die Nettokreditaufnahme liegt bei uns unter drei Prozent, in den meisten Ländern Europas dagegen erheblich höher. Bei den Konvergenzkriterien für Maastricht stehen wir besser da als die meisten unserer Partner. Deshalb dürfen wir keine Unsicherheit über die Fortsetzung des Konsolidierungskurses aufkommen lassen. Nicht zuletzt ist es dieser Kurs, der entscheidend dazu beigetragen hat, das Konjunkturtief so schnell zu überwinden. Die Wachstumserwartungen für das Jahr 1994 konnten bereits nach oben korrigiert werden und liegen für ganz Deutschland nun wieder bei 2 Prozent.

Konsolidierend wird auch sein, daß 1995 die Neuverschuldung der öffentlichen Hand insgesamt um 60 Mrd DM zurückgeführt werden kann, weil die einigungsbedingte zusätzliche Kreditaufnahme außerhalb des Bundeshaushalts (1994 ca. 45 Mrd DM) Ende 1994 beendet wird und weil aufgrund des neuen Finanzausgleichs 1995 die Neuverschuldung der Länder und ihrer Kommunen um voraussichtlich 15 Mrd DM sinken wird.

Geringere Nettokreditaufnahme

Für das kommende Jahr wird die Nettokreditaufnahme des Bundes mit 68,8 Mrd. DM geringer ausfallen als im laufenden Jahr, und dies, obwohl eine Reihe von Belastungen auf den Bund zukommen:

- Der Bund wird 1995 mehr Steueranteile an die Länder abgeben, als er durch den Solidaritätszuschlag an Steuermehreinnahmen bekommt, weil erstmals die Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs mit zusätzlichen Mehrwertsteueranteilen für die Länder und höheren Bundesergänzungszuweisungen zu Buche schlägt.
- Treuhandschulden und andere besondere Lasten des Sozialismus schlagen mit dem Erblastentilgungsfonds auf den Bundeshaushalt durch.

Trotz des sehr begrenzten finanziellen Spielraums setzt der Bundeshaushalt 1995 richtungweisende Akzente zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. So weist der Einzelplan des Bundesministeriums für Forschung und Technologie eine Steigerung von 2,7 Prozent auf; die industrielle Forschungs- und Entwicklungstätigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen wird durch ein 3jähriges

Programm gefördert; die Investitionsausgaben steigen 1995 gegenüber 1994 um über 10 Mrd DM auf 74,4 Mrd DM, während die Finanzhilfen um rd 1,9 Mrd DM auf gut 19,1 Mrd DM zurückgehen.

Mit dem Haushalt 1995 wird ein Vorschlag wieder aufgegriffen, den wir schon einmal im vergangenen Jahr im Bundestag beschlossen hatten und der dann am Widerstand des Bundesrates gescheitert ist: die zeitliche Beschränkung des Bezugs von Arbeitslosenhilfe und der Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe. Von der Befristung auf zwei Jahre werden in laufenden Fällen Arbeitslosenhilfebezieher über 50 Jahre ausgenommen. Bestehende Sozialpläne werden nicht berührt. Auf Anregung des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU/CSU-Fraktion prüft der Bundesfinanzminister, ob eine zeitliche Staffelung, abhängig von der Dauer der Beitragszahlung, möglich ist, die zu vergleichbaren Einsparungen führt. Wir haben auch gebeten zu prüfen, ob eine andere Möglichkeit der Einsparung besteht. Sollte dies der Fall sein, könnte auf diesen Vorschlag verzichtet werden. Darüber hinaus soll in Gesprächen mit den Ländern sichergestellt werden, daß diese ihre Bemühungen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung verstärken.

Unsere Politik war richtig

Wichtige Konjunkturdaten weisen nach oben und bestätigen die Richtigkeit unserer Konsolidierungspolitik. Dies sollte aber nicht zu der Auffassung verleiten, wir hätten es schon geschafft. Die Zukunftssicherung des Standortes Deutschland wird auch in der nächsten Wahlperiode vorrangige Aufgabe bleiben. Wir müssen 1995 und darüber hinaus den Weg der Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft konsequent

weitergehen. Dazu wird gehören, die eingeleiteten Maßnahmen zur Standortverbesserung konsequent weiterzuführen, die Privatisierungs- und Deregulierungspolitik entschieden fortzuführen. Wir werden auch nicht darum herum kommen, uns in der nächsten Legislaturperiode sehr grundsätzlich mit den Grundlagen und der Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme zu befassen. Wir müssen uns fragen, ob diese Systeme hinreichend zu Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft der Menschen anregen. Wir müssen sorgfältig prüfen, wo die Gemeinschaft einstehen muß und wo der Einzelne kleinere Risiken selbst übernehmen kann.

Das alles sind Fakten, die für uns und unsere Politik sprechen. Wir haben damit bei den Menschen wieder neues Vertrauen gewonnen. Aber wir können nicht darauf bauen, daß das wie selbstverständlich auch so bleibt. Vielmehr müssen wir nicht nur gute Politik machen, sondern auch unermüdlich darüber reden. Gute Leistungen darf man nicht verschweigen.

In der nächsten Legislaturperiode werden wir grundlegend über das Bund-Länder-Verhältnis nachzudenken haben.

In der Verfassungsdebatte dieser Legislaturperiode haben die Länder ihr Anliegen sehr deutlich gemacht, ihre Kompetenzen gegenüber dem Bund nach der Entwicklung in vier Jahrzehnten Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland zu stärken. Wir werden darauf zu achten haben, daß der Föderalismus, der zu den Grundprinzipien unserer Verfassung gehört und dem wir in Deutschland in den letzten 45 Jahren vieles zu danken haben, nicht weiter geschwächt wird, sondern auf die Gestaltung der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland auch wei-

terhin fruchtbar Einfluß nehmen kann. Deshalb wird über die Wünsche der Länder unvoreingenommen zu reden sein. Mit der Stärkung der Länderrechte in europäischen Angelegenheiten und ihrer Beteiligung an Entscheidungen der Europäischen Union haben wir in dieser Wahlperiode bereits einen wichtigen Schritt getan, nicht zu vergessen die Neugestaltung des Bund-Länder-Finanzausgleichs, die Entlastung der Kommunen durch den Asylkompromiß, die Pflegeversicherung, die Gemeindeverkehrsfinanzierung und die Postreform.

Doch ist der Föderalismus keine Einbahnstraße. Nur wirtschaftlich leistungsfähige Länder werden größere Kompetenzen auf Dauer auch mit Leben erfüllen können. Deshalb darf die Frage einer Länderneugliederung kein Tabu sein.

Auch werden die Länder ihr Verhalten gegenüber dem Bund grundsätzlich zu überprüfen haben. Hier denke ich etwa an die Finanzverfassung oder die Fragen der Energiesicherung.

Schließlich ist die Blockadehaltung der Länder im Bundesrat kein Beispiel für einen kooperativen Föderalismus. Abgesehen davon, daß die SPD mit dieser an Mißbrauch grenzenden parteipolitischen Taktik letztlich keinen Erfolg haben wird, zeigt sich hier, daß auch insoweit die föderale Ordnung unseres Landes aus der Balance gekommen ist.

Ich denke an das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz. Wie wollen die Sozialdemokraten den Menschen erklären, daß sie ein Gesetz blockieren, das den Vertriebenen in den neuen Ländern eine Ausgleichsleistung gewährt, das Sicherheit und Gerechtigkeit hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse schafft, den Landwirten in den neuen Ländern günstige Möglichkeiten der Existenzgrün-

dung und des Eigentumserwerbs sowie kalkulierbare Voraussetzungen für ihre Arbeit in der Zukunft sichert?

Was sollen Bürgerinnen und Bürger gerade auch vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse in Buchenwald davon halten, wenn im SPD-dominierten Bundesrat das Verbrechenbekämpfungsgesetz '94 blockiert wird, das schnellere Untersuchungshaft, kürzere Strafverfahren, härtere Strafen für Gewalttäter, vor allem auch für diejenigen, die ausländischen Mitbürgern das Haus über dem Kopf anzünden, sowie die Abschiebung ausländischer Drogenhändler vorsieht? Zudem zeugt die Haltung der SPD im Bundesrat zur Reform des Abtreibungsrechtes davon, daß sie nicht davor zurückschreckt, die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Umsetzung seines Urteils zu unterlaufen.

Ich bin sicher, die SPD-regierten Länder werden ihre unverantwortliche Blockadepolitik nicht durchhalten können. Ich hoffe, daß sich die Vernunft im Vermittlungsausschuß doch noch durchsetzen wird.

In den kommenden Wochen müssen wir uns ganz auf die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner konzentrieren.

Die Menschen in Deutschland haben gemerkt, daß die Konjunkturdaten nach oben gehen, daß die Union diejenige politische Kraft ist, die den Willen, die Kraft und die Kompetenz zur Gestaltung besitzt, und daß sie dabei Erfolg hat. Die Sozialdemokraten werden versuchen, durch ihre Blockadepolitik im Bundesrat, durch den Mißbrauch dieses Verfassungsorgans Erfolge zunichte zu machen. Sie werden versuchen, uns in die rechte Ecke zu drängen. Sie werden von ihrem eigenen Versagen bei der politischen Bekämpfung der PDS abzulenken versu-

chen, indem sie mit dem Stichwort „Blockflöten“ hausieren gehen.

Die Menschen werden dieses Spiel durchschauen. Aber wir müssen unseren Beitrag dazu leisten: wir dürfen sie weder mit ihrer Obstruktionspolitik, noch mit ihrer Kollaboration mit den Kommunisten, noch mit dem bewußten Verbreiten von Unwahrheiten davonkommen lassen.

Wenn die Sozialdemokraten gegen Nation und Verantwortung für die Gemeinschaft polemisieren, wenn sie bei der Wahrnehmung außenpolitischer Verantwortung das unsinnige Schlagwort von der Militarisierung der Außenpolitik bemühen, so gehört das zusammen. Sie haben auf keine der entscheidenden Fragen, die sich der Bundesrepublik Deutschland über ihre Geschichte gestellt haben, eine Antwort gefunden, sich allenfalls verspätet arrangiert.

Nation und Europa

Die Verwurzelung in der eigenen Nation, die Identifikation damit, die Einigung Europas und die Gemeinsamkeit über den Atlantik hinweg: all das gehört untrennbar zusammen. Es war kein taktisches Zweckbündnis, das wir mit den europäischen und nordamerikanischen Demokratien eingegangen sind.

Es war auch keine Notgemeinschaft, die man nach Verschwinden der Not nicht mehr braucht. Die Westbindung Deutschlands politisch, sicherheitspolitisch wie als Verankerung in der Wertegemeinschaft freier Völker war die Staatsraison der alten Bundesrepublik. Sie ist es erst recht für das wiedervereinte Deutschland. Sie gründet sich auf die Idee der Nation ebenso wie auf die Unumkehrbarkeit des europäischen Einigungsprozesses. Auf diese europäische Identität wie auch auf die nationale als Deutsche in Europa bleiben wir, weil sie emotionale Bindung der Menschen gewährleisten, angewiesen

— unaufgeregert und unverkrampft. Dies müssen wir den Menschen auch sagen.

Vor uns liegt in den

kommenden Wochen

noch eine Menge Arbeit

● Wir werden Mitte August eine Bilanz der Regierungsarbeit in der zu Ende gehenden Legislaturperiode vorlegen, mit der wir dokumentieren, welche Erfolge die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die von Bundeskanzler Helmut Kohl geführte Regierung seit 1990 erzielt haben, um die Folgen der Teilung zu überwinden, Antworten auf neue globale Herausforderungen zu formulieren und die Modernisierung Deutschlands als Zukunftsstandort einzuleiten. Unsere Ergebnisse können sich sehen lassen. Bundesregierung und Bundestagsfraktion ist es in diesen vier Jahren gelungen, die schwierigen Aufgaben, vor die wir gestellt waren, gleichgewichtig anzupacken, geeignete Weichenstellungen vorzunehmen und überzeugende Lösungen herbeizuführen.

● CDU und CSU werden am 22. August den Entscheidungsgremien der beiden Schwesterparteien den Entwurf eines Regierungsprogramms für die nächste Wahlperiode vorlegen. Mit unserem gemeinsamen Regierungsprogramm zeigen wir, daß wir aufbauend auf den Erfolgen der ablaufenden Wahlperiode und der historischen Gesamtleistung der Regierung Kohl seit 1982 bereit und in der Lage sind, auch weiterhin Verantwortung für die Zukunft unseres Landes zu übernehmen. Wir beschreiben in dem Programm, was getan werden muß, um die Herausforderungen der vor uns liegenden Jahre erfolgreich bewältigen zu können:

- die Vollendung der inneren Einheit;
- die Stärkung des Wachstums und

Strategie und Taktik: „Es war einmal ein Juso ...“

Mit dem Buch „Scharping — Taktik, Strategie, Politik“ legen Jürgen Bergs und Edgar Verheyen, zwei Mainzer Fernsehjournalisten, ein neues Buch über den SPD-Kanzlerkandidaten vor: eine kritische journalistische Analyse über sein schwieriges Verhältnis zu den GRÜNEN, seine systematische Karriereplanung vom Juso bis zum Bundesvorsitzenden, seine Politik als Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, die Männer in seinem Umfeld, seinen

Werdegang als Bundesvorsitzender und, wie er seine Kontrahenten ausgebootet hat, und über sein Regierungsprogramm.

Dabei wird vor allem deutlich, wie Scharping zwischen den Machtblöcken der SPD hindurch laviert.

Das Buch ist im publicom Medienverlag erschienen und im Buchhandel für DM 19,80 erhältlich.

damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze;

- ▶ die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen;
- ▶ die Förderung einer Gesellschaft des Gemeinsinns mit intakten Familien und einem leistungsfähigen sozialen Netz;
- ▶ die Gewährleistung der Inneren Sicherheit;
- ▶ die Sicherung von Frieden und Freiheit nach außen.

Unser gemeinsames Regierungsprogramm beweist: CDU und CSU haben die richtigen Lösungen, wir besitzen die notwendige Kompetenz, wir kennen den Weg und das Ziel.

● Am 28. August eröffnen wir in Dortmund gemeinsam die letzte Phase des Bundestagswahlkampfes.

● In der zweiten Septemberwoche werden wir den Bundeshaushalt 1995 in Erster Lesung behandeln und die Debatte zu einer Generalaussprache über den Stand deutscher Politik nutzen, bei der die Alternative zwischen einer Fortsetzung der Koalition der Mitte und einem Bündnis von Rot- Grün einschließlich der PDS sichtbar werden muß.

Die Bundestagswahl 1994 wird eine Rich-

tungsentscheidung für die Zukunft unseres Landes sein. Wer je daran gezweifelt hat, ist durch die Ereignisse von Magdeburg eines besseren belehrt worden.

Es geht darum, ob ein freies, demokratisches und gemeinschaftsfähiges Deutschland den Weg in einem sich einigenden Europa fortsetzen wird, den Konrad Adenauer begonnen und den Helmut Kohl so erfolgreich weiter vorangetrieben hat. Oder ob uns ein Linksbündnis aus Rot und Grün in einem Moment unserer Geschichte in die Instabilität stürzt, in der Verlässlichkeit und Berechenbarkeit dieses Landes das Gebot der Stunde sind.

Ich möchte Sie bitten, nicht nachzulassen in Ihrer Arbeit, damit unserem Land diese Heimsuchung erspart bleibt, und damit wir in einem freien Land in eine gute Zukunft gehen können. Dem muß unsere Arbeit in den nächsten Wochen gelten. Und wenn wir sie gut tun, haben wir alle Aussicht auf Erfolg.

**Mit freundlichen Grüßen
Ihr
Wolfgang Schäuble**

Neue Chancen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Der Bundesrat hat am 8. Juli mehrere sozialpolitische Gesetze abschließend beraten und damit neue Chancen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eröffnet.

Mit der Verabschiedung des Beschäftigungsförderungsgesetzes 1994 werden viele der arbeitsmarktpolitischen Forderungen unseres Beschlusses „Für Wachstum und Beschäftigung“ des 5. Parteitagess der CDU in Hamburg umgesetzt. Das Schwarzarbeitsgesetz verbessert die Möglichkeiten, wirksam gegen illegale Beschäftigung vorzugehen.

Beschäftigungsförderungsgesetz 1994

Das Beschäftigungsförderungsgesetz '94 ist zum 1. August 1994 in Kraft getreten. Die wesentlichen Maßnahmen des Gesetzes sind:

● Erweiterung der privaten Arbeitsvermittlung

Ab dem 1. August ist private Arbeitsvermittlung für alle Berufe und Personengruppen möglich. Private Arbeitsvermittler müssen aber die erforderliche Eignung und Zuverlässigkeit besitzen, in geordneten Vermögensverhältnissen leben und über angemessene Geschäftsräume verfügen.

Eine Vergütung für Vermittlungstätigkeit darf außerdem grundsätzlich nur vom Arbeitgeber verlangt werden.

Für die CDU ist sicher: Hierdurch entsteht neue Flexibilität am Arbeitsmarkt.

Anbieter und Nachfrager von Arbeit werden schneller zueinanderfinden. Gleichzeitig aber wird die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter ungeschmälert weitergeführt.

● Höheres Arbeitslosengeld bei neuen Teilzeitvereinbarungen

Ab dem 1. August wird bei Teilzeit-Arbeitnehmern, die ihre Arbeitszeit verkürzt haben, das Arbeitslosengeld nach der vorherigen höheren Arbeitszeit berechnet, wenn die Arbeitszeit um mehr als 20 Prozent der tariflichen Arbeitszeit abgesenkt wurde, die vorher längere Arbeitszeit mindestens 6 Monate ausgeübt worden war und nicht länger als 3 Jahre zurückliegt.

Das heißt: Wer von Vollzeit auf Teilzeit wechselt, geht im Falle später drohender Arbeitslosigkeit kein Risiko ein: Er erhält Leistungen, die sich an seiner vorherigen Vollzeit-Beschäftigung bemessen.

● Erweiterung der produktiven Arbeitsförderung

Entsprechend dem Wunsch der neuen Bundesländer gibt es die produktive Arbeitsförderung nach § 249h AFG zukünftig nicht nur für die Beschäftigung Arbeitsloser in Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt, der sozialen Dienste und der Jugendhilfe, sondern auch für die Verbesserung des Breitensports und der freien Kulturarbeit sowie für die Vorbereitung denkmalpflegerischer Maßnahmen.

Für die alten Bundesländer wird die produktive Arbeitsförderung für die Berei-

che Umwelt, soziale Dienste und Jugendhilfe neu eingeführt.

Denn die produktive Arbeitsförderung über Lohnkostenzuschüsse in Höhe der gesparten Arbeitslosenunterstützung hat sich bewährt: In den neuen Ländern haben so fast 90.000 Arbeitslose wieder Arbeit gefunden.

● Niedrigere Bemessungsgrundlage für geförderte Arbeiten

Die Zuschüsse für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollen sich ab dem 1. Januar 1995 an 90 Prozent des Lohnes für vergleichbare ungeforderte Arbeit orientieren.

Dies stellt sicher, daß der Anreiz, von ABM in reguläre Beschäftigung zu wechseln, erhalten bleibt. Außerdem können bei gegebenen Finanzmitteln mehr Maßnahmen gefördert werden.

● Erleichterter Berufseinstieg für Ausbildungsabsolventen

In Betrieben mit laufender Kurzarbeit haben Neueingestellte im Regelfall keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld, weil die Kurzarbeit Entlassungen verhindern, aber nicht die Beschäftigungsprobleme vergrößern soll. Künftig sollen aber auch Ausgebildete, die nach Abschluß ihrer Ausbildung übernommen werden, Kurzarbeitergeld erhalten.

Dies sichert den erfolgreichen Start ins Berufsleben auch in Betrieben, die Schwierigkeiten haben.

● Überbrückungsgeld in die Selbständigkeit

Das sogenannte Überbrückungsgeld, das Arbeitslose auf dem Weg in die Selbständigkeit erhalten, wird zukünftig für 26 Wochen statt wie bisher für in der Regel 10 Wochen gewährt. Außerdem fällt die Begrenzung auf maximal 300 DM wöchentlich weg.

Wahlkampf-Argumente

ENTSCHEIDUNG



94

Damit wird es attraktiver, als Arbeitslosen den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen.

● Verlängerung des alten Beschäftigungsförderungsgesetzes

Das ursprünglich bis 1995 geltende Beschäftigungsförderungsgesetz wird bis Ende 2000 verlängert. Damit sind unter anderem befristete Arbeitsverträge weiterhin erleichtert zulässig.

Denn befristet Arbeit zu haben, ist viel besser, als arbeitslos zu sein.

Gesetz gegen Schwarzarbeit

Zum 1. August wurde auch der Kampf gegen die Schwarzarbeit weiter verschärft. Das Gesetz sieht unter anderem vor:

● Erleichterter Nachweis der Schwarzarbeit

Schwarzarbeit kann künftig leichter aufgedeckt und bestraft werden. Denn es ist nicht mehr der Nachweis erforderlich, daß durch Schwarzarbeit „wirtschaftliche Vorteile in erheblichem Umfang“ erzielt worden sind. Es langt, daß „Dienst- oder Werkleistungen in erheblichem Umfang“ erbracht worden sind.

Dadurch fällt erheblicher Aufwand bei der Beweissicherung weg. Der Kampf gegen die Schwarzarbeit wird unbürokratischer gestaltet und damit wirkungsvoller.

Das Inkrafttreten von 20 vom Bundestag beschlossener Gesetze blockiert

Zu den Ergebnissen der Sitzung des Bundesrates am 8. Juli erklärte der Staatsminister beim Bundeskanzler Anton Pfeifer:

Der Bundesrat hat zu 12 Gesetzen den Vermittlungsausschuß angerufen, drei vom Bundestag beschlossenen Gesetzen nicht zugestimmt und zu einem Gesetz Einspruch eingelegt. Weitere vier Gesetze liegen bereits im Vermittlungsausschuß. Nach der heutigen Sitzung des Bundesrates ist damit das Inkrafttreten von insgesamt 20 vom Bundestag beschlossenen Gesetzen durch die Mehrheit blockiert.

Damit trägt die Mehrheit des Bundes-

rates die Verantwortung dafür, daß wichtige Teile des Gesetzgebungsprogramms der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standorts Deutschland und für mehr Wachstum und Beschäftigung jetzt nicht in Kraft treten können bzw. die Schaffung gesetzlicher Grundlagen für wichtige Zukunftstechnologien nicht beschlossen wurden.

Daß auch Berlin zum Transrapid den Vermittlungsausschuß angerufen hat, ist völlig unverständlich, denn Berlin ist aufgrund seiner Funktion als Hauptstadt wie keine andere Stadt auf die Anbindung an die Verkehrswege der Zukunft angewiesen.

Bußgelder auch bei Auftragsweitergabe an illegal handelnde Subunternehmer

Ordnungswidrig handelt in Zukunft ein Unternehmen auch dann, wenn es ein anderes Unternehmen (Subunternehmen) beauftragt, von dem es weiß oder leichtfertig nicht weiß, daß es ausländische Arbeitnehmer ohne Arbeitserlaubnis beschäftigt.

Damit kann ein Auftragnehmer die Verantwortlichkeit für illegale Ausländerbeschäftigung nicht mehr auf Subunternehmer abwälzen.

Bußgelder für Anbieter von Schwarzarbeit

Gegen Anbieter von handwerklichen Leistungen, die nicht pflichtgemäß in der Handwerksrolle eingetragen sind, kann künftig eine Geldbuße bis zu 10.000 DM verhängt werden, wenn sie für ihre Leistungen werben, z. B. durch Zeitungsan-

zeigen. Handwerkskammern können außerdem Auskunft über Name und Anschrift des Fernsprechteilnehmers verlangen, wenn dieser lediglich unter einem Fernmeldeanschluß handwerkliche Dienstleistungen anbietet.

Damit besteht die Möglichkeit, gegen „schwarze Schafe“ gezielter vorzugehen.

Ausschluß von öffentlichen Aufträgen für illegal handelnde Unternehmen

Von öffentlichen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsaufträgen werden Bewerber bis zu einer Dauer von zwei Jahren ausgeschlossen, wenn diese Bewerber gegen das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit verstoßen haben, wegen illegaler Beschäftigung bestraft wurden oder Beiträge zur Sozialversicherung vor-enthalten haben.

Dies ist ein neues, wichtiges Druckmittel gegen Schwarzarbeit. ■

„Keine Leere nach der Lehre“!

Anläßlich der Vorstellung des „Aktionsprogrammes zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ der Jungen Union Deutschlands erklärte der Bundesvorsitzende Hermann Gröhe, in Bonn:

Immer noch gilt: Eine vernünftige Ausbildung ist der beste Schutz gegen Jugendarbeitslosigkeit. Dabei ist die Lage auf dem Bildungsmarkt der Bundesrepublik durch ein extremes Ungleichgewicht zwischen alten und jungen Bundesländern geprägt. Die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen gerade in den jungen Bundesländern ist für die nächsten Jahre von größter Bedeutung.

Die Junge Union begrüßt deshalb die Bereitstellung überbetrieblicher Ausbildungsplätze durch die Ausbildungsplatz-offensive Ost, fordert aber die ausbildungsfähigen Betriebe und Verwaltungen auf, ihrerseits alle Anstrengungen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen zu unternehmen.

Gleichzeitig rückt das Problem der „zweiten Schwelle“ immer stärker in den Mittelpunkt der Arbeitsmarktpolitik. Für die Jugendlichen darf nach der Lehre nicht die Leere folgen, nach dem Ende der Ausbildung nicht die berufliche Perspektivlosigkeit. In schwieriger betrieblicher Situation müssen erste Berufserfahrungen deshalb notfalls auch durch die Ausweitung von Teilzeitangeboten gemacht werden können.

Zur Verbesserung der Berufschancen junger Frauen fordert die JU außerdem die Einbeziehung aller Unternehmen in das Umlageverfahren zum Mutterschutz, um diesen nicht zum Einstellungshindernis für Frauen werden zu lassen. Schon heute

werden Kleinbetriebe durch ein Umlageverfahren entlastet. Beitragspflichtig wären dann alle Betriebe unabhängig vom Frauenanteil ihrer Beschäftigten. Notwendig sind auch mehr Betreuungsangebote für Kinder, die Öffnungszeiten entsprechender Einrichtungen müssen zu mindest eine Teilzeittätigkeit der Mütter ermöglichen.

Um die Berufschancen von jungen Akademikern zu verbessern, halten wir eine Straffung ihrer Ausbildung für erforderlich. Neben der Verkürzung der Schulzeit

Junge Union stellt Aktionsprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit vor.

bis zum Abitur auf 12 Jahre und der Straffung und Entrümpelung der Studienpläne und Prüfungsverfahren ist das Studium in eine kürzere, praxisbefähigende erste Phase mit berufsqualifizierendem Abschluß und eine zweite, zur wissenschaftlichen Tätigkeit und der Promotion qualifizierende Phase zu unterteilen.

In einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft dürfen grundsätzlich die Lasten nicht zu Ungunsten der Jungen verlagert werden. Die Junge Union Deutschlands setzt sich deshalb für die verbindliche Festlegung einer Altersgrenze zum Ruhestand und für die Beibehaltung der Vorruhestandsregelung ein.

Das Aktionsprogramm kann bei der Jungen Union, Annaberger Str. 283, 53175 Bonn, gegen Rückporto in Höhe von 3,— DM bezogen werden.

Günter Rinsche: Santer ist ein ausgewiesener Europäer

Als ungerecht, sachlich falsch und unfair hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Günter Rinsche, die Kommentierung mancher Zeitgenossen anlässlich der Benennung des luxemburgischen Premierministers, Jacques Santer, zum neuen Kommissionspräsidenten durch den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs bezeichnet.

Es habe Kommentare gegeben, die sich nicht gescheut hätten, Santers Qualifikation in Zweifel zu ziehen, weil er Regierungschef „nur“ des kleinstens Mitgliedstaates der Europäischen Union sei. Es gehe nicht darum, Kritik verhindern zu wollen, wo sie sachlich gerechtfertigt sei. Äußerungen dieser Art hätten aber mit sachlich begründeter Argumentation nichts zu tun, sie seien kleinkariert, nationalistisch und hochmütig.

Eine Vorabverurteilung ohne sachliche Begründung sei nicht nur ungerecht und unfair, sondern ließe eigene Machtinter-

essen erkennen, die dem Gemeinwohl der Europäischen Union und ihren Bürgerinnen und Bürger schaden würden.

Rinsche erinnerte daran, daß zweimal während luxemburgischer Präsidentenschaften unter Führung Santers entscheidende Fortschritte in der europäischen Einigung erzielt worden seien: bei der Erarbeitung und Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte sowie bei der Harmonisierung der Verbrauchssteuern, einer der schwierigsten Aufgaben zur Schaffung des Binnenmarktes, und bei der Vorbereitung des Vertrages von Maastricht.

Rinsche bezeichnete es als eine der Hauptaufgaben für den neuen Kommissionspräsidenten, die innere Struktur der EU-Kommission erheblich zu verbessern und so die notwendige Effizienz für die Lösung wichtiger Zukunftsaufgaben zu erreichen. Nicht ein glänzender Rhetoriker, sondern eine Persönlichkeit mit integrativer Kraft und organisatorischen Fähigkeiten sei jetzt gefragt.

Neue Aufgaben für Hans-Gert Pöttering

Neue und wichtige Aufgaben sind dem niedersächsischen CDU-Europaabgeordneten Hans-Gert Pöttering in der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP/Christdemokraten) im Europäischen Parlament übertragen worden.

Anfang Juli war Pöttering mit der höchsten Stimmenzahl zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der EVP gewählt worden. Pöttering ist

damit einer von sechs Stellvertretern des Fraktionsvorsitzenden Wilfried Martens.

In der EVP ist Pöttering zuständig für die innere Verwaltung der Fraktion, die Vorbereitung politischer Fachgespräche, die Koordinierung der Regierungskonferenz 1996 sowie für die Beziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas, was für die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten von besonderer Bedeutung ist.

SPD-Blockade im Bundesrat

Die Mehrheit der SPD-geführten Länder im Bundesrat hat seit Mai 1994 ein ganzes Bündel vom Bundestag beschlossener Gesetze blockiert. Damit trägt die Mehrheit des Bundesrates die Verantwortung dafür, daß wichtige Teile des Gesetzgebungsprogramms der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland und für mehr Wachstum und Beschäftigung jetzt nicht in Kraft treten können. Hier die Gesetze im Einzelnen:

● Schutz des ungeborenen Lebens § 218 StGB

Mit der Ablehnung der Neuregelung des § 218 und Nebengesetze durch den Bundesrat besteht für die schwangeren Frauen in Konfliktsituationen nach wie vor Rechtsunsicherheit. Der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts an den Gesetzgeber, nach Maßgabe der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts ein einheitliches Gesetz zum Schutz des ungeborenen Lebens in ganz Deutschland zu schaffen, konnte durch die Blockade der SPD nicht erfüllt werden. Es gilt weiterhin die vom Bundesverfassungsgericht erlassene Übergangsregelung. Die SPD blockiert eine verfassungskonforme Regelung, die das ungeborene Leben schützt.

● Verbrechensbekämpfungsgesetz 1994

Die SPD hat das Verbrechensbekämpfungsgesetz 1994, das der Deutsche Bun-

destag am 20. Mai 1994 mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen von SPD, Grünen und PDS verabschiedet hat, am 10. Juni 1994 im Bundesrat erneut abgelehnt und mit ihrer Stimmen-Mehrheit blockiert. Die SPD verhindert damit das Inkrafttreten eines umfangreichen Maßnahmen-Paketes zur effektiveren Bekämpfung von Gewaltkriminalität, Organisiertem Verbrechen, politischem Extremismus, Rauschgift- und Schleuserkriminalität.

● Bundesgrenzschutzgesetz

Die SPD hat das neue Bundesgrenzschutzgesetz, das der Deutsche Bundestag am 24. Juni 1994 mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der SPD verabschiedet hat, am 8. Juli 1994 im Bundesrat erneut abgelehnt und mit ihrer Stimmen-Mehrheit blockiert. Die SPD verhindert damit das Inkrafttreten eines Gesetzes, das vor allem für die präventive Bekämpfung der grenzbezogenen Kriminalität und zur Verhinderung illegaler Grenzübertritte verbesserte polizeiliche Befugnisse vorsieht.

● Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz

Für das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz wurde durch den Bundesrat das zweite Vermittlungsverfahren eingeleitet. Die SPD lehnt grundsätzlich eine Rückerwerbsmöglichkeit für ehemalige Eigentümer ab. Überdies ist die Frage einer bevorzugten Erwerbsmöglichkeit der LPG-Nachfolgeorganisationen umstritten. Folge: Zahlreichen Betroffene

nen, die ihre ehemaligen Grundstücke nicht zurückerhalten können oder wollen, wird die dringend erforderliche Planungs- und Rechtssicherheit vorenthalten. Zahlreiche Landwirte, die an dem geplanten Siedlungsprogramm teilnehmen und zum Vorzugspreis Land erwerben wollen, sind in ihrer Existenz gefährdet. Die Vertriebenen in den neuen Ländern müssen nach wie vor auf die einmalige Entschädigung in Höhe von 4000 DM warten.

Mit ihrer Blockadepolitik gegen das Landerwerbs- und Siedlungskaufsprogramm im Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz nimmt die SPD den Landwirten in den neuen Bundesländern die Möglichkeit, Eigentum zu bilden und Land zu einem erschwinglichen Preis zu erwerben. Allein in Mecklenburg-Vorpommern z. B. kostet die Blockadepolitik der SPD die Landwirte 400 Millionen DM. Statt rund 3000 DM müssen die Landwirte nun ca. 6000 DM pro ha bezahlen. Einen einsichtigen Grund, das Landerwerbs- und Siedlungsprogramm zu blockieren, hat es nicht gegeben. Der Vermittlungsvorschlag hatte ja die von der SPD geforderte Einbeziehung der juristischen Personen vorgesehen. Die Teilnahme der Alteigentümer (Bodenreform-Opfer) an dem günstigen Landkauf hätte niemanden benachteiligt und wäre ein gerechter Ausgleich gewesen.

● **Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG)** **17. Änderung**

Mit der Blockade des 17. Bundesausbildungsförderungsänderungsgesetzes können soziale Leistungsverbesserungen den Studierenden nicht termingerecht zugute kommen. Die vom Bundestag verabschiedete Fassung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes sieht zugunsten der Stu-

dierenden Mehrausgaben von 400 Millionen DM für Bund und Länder in der Zeit vom Herbst 1994 bis Herbst 1996 vor. Durch die Ablehnung der SPD-Länder können weder die zweiprozentige Erhöhung der Freibeträge für Familien mit Studierenden, noch die Hilfen für Alleinerziehende sowie die Erhöhung der Altersgrenze für Berufsabsolventen in Kraft treten.

● **Arbeitsförderungsgesetz im Bereich des Baugewerbes**

Verhinderungspolitik betrieb die SPD auch bei wichtigen gesetzlichen Regelungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die SPD hat zwar ihren hinhaltenden Widerstand gegen das Beschäftigungsförderungsgesetz 1994 und das Gesetz gegen die Bekämpfung der Schwarzarbeit aufgegeben, beide Gesetze sind am 1. August in Kraft getreten. Nach wie vor ungeklärt ist jedoch die Zukunft des Gesetzes für einige Neuerungen im baurechtlichen Bereich. So ist die bis Ende 1995 befristete Rücknahme der Einschränkung des Schlechtwettergeldes, die Bundesarbeitsminister Blum den Tarifpartnern der Bauwirtschaft versprochen hatte, durch den Widerspruch im Bundesrat blockiert. Wer als Arbeitnehmer auf dem Bau im März diesen Jahres witterungsbedingte Einnahmeausfälle hatte, wartet deshalb weiterhin auf sein Geld.

● **Gesetz zur Bereinigung des Umwandlungsrechts und Gesetz zur Änderung des Umwandlungssteuerrechts**

Die bisherigen Regelungen des Umwandlungsrechts von Unternehmen sollen aus einer Vielzahl von Gesetzen herausgelöst und in einer eigenen Regelung zusammengefaßt werden. Darüber hinaus sol-

len neue Möglichkeiten der Umwandlung eröffnet werden.

Die Reform des Handelsrechtes macht aber auch eine Anpassung der steuerrechtlichen Vorschriften notwendig. Dies soll im Gesetz zur Änderung des Umwandlungssteuerrechts erfolgen. Die Neuregelung zielt darauf, Unternehmensumwandlungen stärker als bisher steuerneutral zu ermöglichen. Umwandlungen (Verschmelzung, Spaltung, Vermögensübertragung, Formwechsel) sollen nicht durch steuerrechtliche Folgen behindert werden. So ist abweichend vom geltenden Umwandlungssteuergesetz eine steuerneutrale Verschmelzung von Körperschaften und Personengesellschaften und natürliche Personen vorgesehen. Die handelsrechtlich allgemein vorgesehene Spaltung von Körperschaften soll zukünftig ebenfalls steuerneutral zugelassen werden. Die Möglichkeit der Übertragung nicht verbrauchter Verluste der übertragenden Gesellschaft auf die übernehmende Gesellschaft wird erweitert.

Die SPD lehnt die Neuordnung ab. Sie hemmt durch ihre Verweigerungshaltung die Dynamik und die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.

● **Markenrechtsreformgesetz**

Durch die Blockade des Bundesrates gegen das Markenrechtsreformgesetz ist die Umsetzung der EU-Markenrichtlinie in deutsches Recht sowie die Gesamtreform des deutschen Markenrechts gefährdet.

● **Gesetz zur Änderung des Haushaltsgrundsätzgesetzes und der Bundeshaushaltsordnung**

Mit dem Gesetz sollen die Initiativen zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen

und Aufgaben deutlich verstärkt werden. § 6 des Haushaltsgrundsätzgesetzes (HGrG) soll ergänzt werden um eine Regelung, die eine Verwaltung zur Prüfung verpflichtet, ob private Lösungen wirtschaftlicher sind.

Die Änderung der Bundeshaushaltsordnung zielt darauf, privaten Anbietern die Möglichkeit in geeigneten Fällen zu geben, darzulegen, ob und inwieweit sie die staatlichen Aufgaben oder öffentlichen Zwecken dienende wirtschaftliche Tätigkeiten nicht ebenso gut oder besser erbringen können (Interessenbekundungsverfahren).

Die SPD hat sich dieser Möglichkeit einer bürgernahen, effizienten und die öffentlichen Haushalte entlastenden Vorgehensweise versagt.

● **Magnetschwebebahnplanungs-gesetz**

Mit dem Stopp des Planungs-gesetzes für den Transrapid durch Anrufung des Vermittlungsausschusses — ohne allerdings konkrete Änderungen zu verlangen — gefährdet die SPD 10 000 Arbeitsplätze, die durch den Bau der Magnetbahntrasse von Hamburg nach Berlin geschaffen würden. Der angestrebte Beitrag zur Verkehrsverlagerung von der Straße durch diese innovative umweltfreundliche Bahnverbindung darf nicht an der Technologiefeindlichkeit der SPD scheitern. Die SPD setzt durch ihr Verhalten die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland für international konkurrenzfähige Spitzentechnologie aufs Spiel.

● **Krebsregistergesetz**

Der Bundesrat hat am 8. Juli 1994 das Bundesgesetz für ein nationales Krebsregister abgelehnt. Damit verhindert die SPD die Einführung eines flächendeck-

kenden und bevölkerungsbezogenen Krebsregisters, mit dem den Ursachen von Krebserkrankungen besser zu analysieren.

● Gesetz zur Anpassung krankenversicherungsrecht- licher Vorschriften (GKV-Anpassungsgesetz)

Der Bundesrat hat das GKV-Anpassungsgesetz am 10. Juni 1994 abgelehnt. Der Vermittlungsausschuß des Bundestages hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Einigungsvorschläge zum GKV-Anpassungsgesetz unterbreiten soll. Damit wurde die weitere Beratung des Gesetzes erneut verschoben. Mit dem GKV-Anpassungsgesetz sollten im Gesundheits-Strukturgesetz grundlegende Elemente weiterentwickelt werden. Die Aufwertung der hausärztlichen Leistungen läßt weiter auf sich warten.

● Psychotherapeutengesetz

Der Bundesrat hat bereits zum zweitenmal das neue Psychotherapeuten-Gesetz abgelehnt. Mit diesem Gesetz sollte nach 20jähriger Diskussion eine große Lücke in der Gesundheitsversorgung in Deutschland geschlossen werden. Mit der Ablehnung des Gesetzes zeigt die SPD wieder einmal fehlendes politisches Augenmaß, sie schadet der Qualität der psychotherapeutischen Behandlung und den behandlungsbedürftigen Patienten.

● Tierschutzgesetz

Die SPD hat im Bundesrat die Fortschreibung des Tierschutzgesetzes abgelehnt. Dadurch wurden nicht nur Verbesserungen des Tierschutzes bei gleichzeitiger Reduzierung des bürokratischen Aufwands (zum Beispiel geringere Verwen-



dung von Versuchstieren) verhindert, sondern übereinstimmende oder zumindest gleichgerichtete Forderungen des Bundesrates selbst bzw. von verschiedenen Tierschutzgruppen konterkariert. Der SPD geht es bei ihrer unglaublichen Politik nicht um Tierschutz, sondern um bloße politische Taktiererei.

Totalverweigerung der SPD

Die SPD hat mit ihrer Mehrheit im Bundesrat nicht nur zahlreiche vom Bundestag verabschiedete Gesetze aus wahlaktischen Gründen scheitern lassen, sondern die SPD setzt ihre Blockadehaltung auch bei der Wahl von Bundesrichtern fort. Die SPD hat trotz rechtzeitiger Terminierung der Richterwahlen die Beschlußfähigkeit des Richterwahlausschusses vorsätzlich herbeigeführt. So konnten die dringlich anstehenden Wahlen von Richtern für den Bundesgerichtshof, das Bundesverwaltungsgericht, das Bundessozialgericht nicht stattfinden. Aus reinem parteitaktischen Kalkül hat die SPD ihre Verweigerungshaltung auch auf die obersten Bundesgerichte ausgeweitet. Statt ihrer rechtlichen und staatspolitischen Verantwortung gerecht zu werden, schielt die SPD nach einer PDS-gestützten Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt, um so die Mehrheit im Richterwahlausschuß zu erhalten. Sie fügt damit dem Rechtsstaat großen Schaden zu.

Die SPD ist die Partei der Nein-Sager und Bedenkenträger, die in der Vergangenheit und in dieser Legislaturperiode wichtige Weichenstellungen verzögert oder abzublocken versucht.

Die Rentenversicherung steht auf solidem Fundament

Das Bundeskabinett hat am 19. Juli den Rentenversicherungsbericht 1994 entgegengenommen sowie die Beitragsatzverordnung 1995 beschlossen. Eindrucksvoll belegt der Bericht: Die Rentenversicherung steht auf einem soliden finanziellen Fundament. Die Renten sind sicher und bleiben es.

Rentenreform '92 ist ein großer Erfolg

Mit dem Rentenreformgesetz '92 wurden die notwendigen Maßnahmen zur Konsolidierung der gesetzlichen Rentenversicherung vorgenommen. Dieses Gesetz war ein großer Erfolg für Rentner und Beitragszahler.

Norbert Blüm stellt hierzu fest: Insbesondere der Selbstregelungsmechanismus von Beitragssatz, Bundeszuschuß und Nettoanpassung erweist sich überzeugend als geeignetes Instrument zur Stabilisierung der Rentenfinanzen im vereinten Deutschland. Für weitergehende Maßnahmen besteht kein Anlaß, denn es gibt — wie der Rentenversicherungsbericht 1994 eindrucksvoll belegt — gegenüber dem Rentenreformgesetz 1992 keine neuen Annahmen und Erkenntnisse, auf die jetzt reagiert werden müßte. Deshalb

ist auch die immer wieder angefachte Diskussion über die Sicherheit der Renten überflüssig und schädlich.

Deutliche Rentensteigerungen in West und Ost

Solide Rentenpolitik zahlt sich aus. Zum 1. Juli 1994 wurden in ganz Deutschland die Renten angehoben. Im Westen stiegen die Renten um effektiv 3,39 Prozent. In den neuen Bundesländern, wo die Renten bereits zum 1. Januar 1994 um 3,64 Prozent angehoben wurden, stieg die Rente um nochmals effektiv 3,17 Prozent. Jetzt sind die Versichertenrenten in den neuen Ländern durchschnittlich rund zweieinhalbmal so hoch wie vor der Sozialunion 1990. Die verfügbare Standardrente (45 Versicherungsjahre bei durchschnittlichem Bruttoentgelt) hat sich am 1. Juli 1994 in den alten Bundesländern auf 1.931,31 DM und in Ostdeutschland auf 1.451,17 DM erhöht. Das Verhältnis der verfügbaren Standard-Ostrenten zu den vergleichbaren Westrenten beträgt 1994 75,1 Prozent. Am 30. Juni 1990, dem Tag vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, hatte dieses Verhältnis — je nach Rentenbeginn der Ostrenten — noch zwischen rund 29 und 37 Prozent gelegen.

Aus 100 Mark Rente am 30. Juni 1990 sind in den neuen Ländern bis zum Juli 1994 auch nach Abzug der Preissteigerungen über 165 DM geworden. Das heißt: Die Renteneinkommen in den neuen Ländern haben sich in den letzten vier Jahren real um durchschnittlich 65 Prozent erhöht.

Wahlkampf-Argumente



Norbert Blüm: Allzuleicht wird auch übersehen, daß durch die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung in den neuen Bundesländern, die von der Solidargemeinschaft der Rentenversicherung in West und Ost finanziert werden, Bund und Länder erheblich bei den nachrangigen Sozialleistungen (vor allem Wohngeld, Sozialhilfe) entlastet werden.

1995 spürbare Senkung der Beitragssätze

Die Finanzentwicklung der Rentenversicherung stellt sich derzeit günstiger dar, als noch vor einem Jahr erwartet. Die Schwankungsreserve betrug Ende 1993 38,7 Milliarden DM. Sie entsprach 1,9 Monatsausgaben und lag damit deutlich über der gesetzlich vorgeschriebenen Reserve von einer Monatsausgabe. Noch im Rentenversicherungsbericht 1993 war die Schwankungsreserve zum Jahresende um 4,0 Milliarden DM niedriger geschätzt worden. 1994 wird die Rücklage voraussichtlich um bis zu 10 Milliarden DM höher sein als ursprünglich geschätzt.

Der Beitragssatz zur Rentenversicherung wird deshalb ab 1995 von 19,2 Prozent auf 18,6 Prozent, der zur Knappschaftlichen Rentenversicherung von 25,5 Prozent auf 24,7 Prozent gesenkt. Hierdurch werden Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Jahr 1995 um zusammen mehr als 8 Milliarden DM entlastet! Durch die Beitragssenkung sinkt auch der Bundeszuschuß für die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten um 1,9 Milliarden DM. Die mit der Beitragssatzsenkung verbundene Erhöhung der Nettolöhne wirkt sich überdies mit 0,3 bis 0,4 Prozentpunkten positiv bei der Renten Anpassung 1996 aus.

Damit wird 1995 der Beitragssatz wesentlich niedriger liegen als noch 1989 erwartet wurde: Statt vorausgeschätzter 20,3

Prozent nun nur 18,6 Prozent! Und dies, obwohl 1989 die zusätzlichen Belastungen der Rentenkassen durch die Einheit nicht vorhersehbar waren.

Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt

Im Rahmen des Standortsicherungsberichtes ist die CDU-geführte Bundesregierung für eine strikte Begrenzung der weiteren Entwicklung der gesetzlichen Lohnnebenkosten eingetreten. Es war und ist das ausdrückliche Ziel der CDU-Politik, die Beitragssätze zur Sozialversicherung zu stabilisieren, gegebenenfalls zu senken. Dies ist uns gelungen:

- Die Belastungen der Unternehmer aus der sozialen Pflegeversicherung werden voll kompensiert.
- Die Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung dürften 1995 spürbar sinken, um 0,4 Prozentpunkte in den alten und um 0,2 Prozentpunkte in den neuen Ländern. Für die Unternehmen bringt dies eine Entlastung um gut 2,5 Milliarden DM.
- Der Beitragssatz zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten wird 1995 um 0,6 Prozentpunkte und der Beitragssatz zur Knappschaftlichen Rentenversicherung um 0,8 Prozentpunkte gesenkt. Hierdurch werden die Unternehmen um mehr als 4 Milliarden DM entlastet.

Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird mit den Beitragssatzsenkungen in der Renten- und Krankenversicherung die zum 1. Januar 1995 einsetzende Beitragsbelastung aus der Pflegeversicherung ausgeglichen. Damit beweist die CDU eindrucksvoll, daß die Sozialpolitik ihren Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland leistet und sozialer Fortschritt nicht mit Mehrbelastungen der Wirtschaft verbunden sein muß.

Ausbildung schafft Zukunft

Zu den Ausbildungschancen junger Menschen erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Horst Günther:

Tüchtige, qualifizierte und hochmotivierte Auszubildende sind ein wichtiger Standortvorteil Deutschlands. Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es wichtig, weiter auf hohem Niveau auszubilden und Auszubildende vorausschauend im Betrieb zu halten.

Die Beschäftigungskonferenz der sieben wichtigsten Industrieländer der Welt im März dieses Jahres hat gezeigt, daß Arbeitslosigkeit ein Weltproblem ist. Der amerikanische Weg der Niedriglöhne kann nicht der deutsche Weg sein, da er viele Menschen in die Armut führt.

Die Politik der Bundesregierung ist darauf ausgerichtet, besonders jungen Menschen eine Perspektive zu eröffnen. Folgende Fakten kennzeichnen die Lage Jugendlicher am Arbeitsmarkt:

- Seit 1991 wurden in den neuen Bundesländern auf Initiative der Bundesregierung 12.000 Werkstattplätze in überbetrieblichen Ausbildungsstätten eingerichtet und gefördert. 1993 wurden im ostdeutschen Handwerk über 9.500 (plus 32 Prozent) neue Ausbildungsplätze geschaffen. Die Bilanz des Ausbildungsjahres 1993 ist ausgeglichen: 1.600 unvermittelten Bewerber standen 2.100 offene Stellen gegenüber. Die dritte Lehrstellenoffensive der Bundesregierung 1993 stellte sicher, daß jeder Jugendliche, der einen Ausbildungsplatz suchte, auch ein Lehr-

stellenangebot erhielt. Auch waren viele Betriebe in den alten Bundesländern bereit, Jugendliche aus den neuen Ländern auszubilden und zu qualifizieren.

- In den alten Bundesländern besteht seit Jahren insgesamt ein Lehrlingsmangel. 1993 kamen auf je 100 Bewerber um betriebliche Ausbildungsplätze 114 freie Stellen.

- Alle erfolgreichen Absolventen einer Lehre in den alten Bundesländern haben als junge, modern ausgebildete Fachkräfte vergleichsweise gute Beschäftigungschancen. Jüngere Arbeitslose finden vergleichsweise wieder schneller Arbeit als Wiedereinsteiger aus anderen

Wahlkampf-Argumente



Altersgruppen (1992: unter 20 Jahren 3,2 Monate; 20 bis 24 Jahre 3,7 Monate, alle anderen Altersgruppen 6,6 Monate).

- Auch in den neuen Ländern ist die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen deutlich geringer als im Durchschnitt. Hier war sogar im schwierigen Jahr 1993 ein Rückgang zu beobachten. Angesichts einer Arbeitslosenquote von insgesamt 15,8 Prozent sind die Bedingungen am Arbeitsmarkt für junge Leute mit einer Quote von 12,8 Prozent etwas besser, aber nicht zufriedenstellend. Daher hat die CDU-geführte Bundesregierung ihre vierte Lehrstellen-

Erste Erfolge auf dem Arbeitsmarkt

Die positiven Meldungen der deutschen Kfz-Hersteller kommentierte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Haungs:

Die deutsche Automobilbranche beendet den Personalabbau und beginnt mit Neueinstellungen. Parallel hierzu berichten Nachrichtenagenturen über steigende Absatzzahlen deutscher Hersteller auf ausländischen Märkten.

Besser als mit solchen Erfolgsmeldungen lassen sich die von der Koalition

durchgeführten Maßnahmen nicht mit Leben füllen.

Die konsequente Politik finanzieller Konsolidierung auf der einen und die Schaffung von Freiräumen auf der anderen Seite sind ein tragfähiges und zukunftsgerichtetes Gerüst.

Daß gerade die Branche, die mit am meisten in der Rezession betroffen war, nun die Talsohle durchschritten hat, zeigt nicht nur die Anpassungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, sondern auch den Erfolg unserer Politik.

initiative Ost eingeleitet. 1994 werden u. a. 12.000 Ausbildungsplätze geschaffen und wird somit jungen Menschen wieder eine Zukunftsperspektive geboten. Dafür werden bis 1998 rund 670 Millionen DM je zur Hälfte vom Bund und neuen Bundesländern aufgebracht.

● Durch die Mobilisierungskampagne der Wirtschaft und der Bundesanstalt für Arbeit sowie durch die verbesserte gesamtwirtschaftlichen Lage wird es den Unternehmen erleichtert, zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzustellen.

● Durch Mittel des Bundesministeriums für Wissenschaft und Bildung wird die Ausbildungsplatzberatung bei den Kammern intensiviert.

● Darüber hinaus hält die Bundesregierung für von Arbeitslosigkeit bedrohte junge Erwachsene umfangreiche Hilfen im Arbeitsförderungs-gesetz bereit. Dazu zählen: berufsvorbereitende Maßnahmen, berufliche Fortbildung, Umschulung, Programme für lernbeeinträchtigte oder sozial benachteiligte Auszubildende oder für junge Ausländer ebenso wie die Übernahme von Bewerbungskosten, Trennungshilfen, besondere Hilfen zur

beruflichen Eingliederung von Behinderten und nun auch die Zahlung von Kurzarbeitergeld für ehemalige Auszubildende.

● Die Erfolge der CDU-geführten Bundesregierung bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zeigen sich auch im europäischen Vergleich:

Arbeitslose unter 25 Jahren in den alten Bundesländern¹ in Prozent der zivilen Arbeitskräfte

	Jahres- durch- schnitt 1993	April 1994
Spanien	37,5	37,9
Italien	31,2	31,7
Irland	27,9	26,5
Frankreich	23,1	21,7
Belgien	19,6	18,1
Vereinigtes Königreich	16,9	14,5
Dänemark	11,6	11,0
Portugal	10,3	11,7
Luxemburg	5,7	7,0
Bundesrepublik Deutschland	7,5	8,1

¹ Die Daten beruhen auf Angaben vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften für Vergleiche zwischen den Mitgliedsstaaten.

1994: Wirtschaftlicher Aufschwung in Deutschland

Optimismus kehrt zurück

Im zwölften Jahr der Regierung Helmut Kohl erleben die Menschen in Deutschland das elfte Jahr realen Wirtschaftswachstums. Nur 1993 sank das Bruttoinlandsprodukt in ganz Deutschland um minus 1,3 Prozent. Bereits dieses Jahr wird dieser Rückgang durch ein Wachstum von 1,5 bis 2 Prozent mehr als wettgemacht. Überall in Deutschland macht sich Konjunkturoptimismus breit.

- Eine im Juni durchgeführte Umfrage des ipos-Instituts für praxisorientierte Sozialforschung in Mannheim, eines Schwesterinstituts der Forschungsgruppe Wahlen, machte es offenkundig:

73 Prozent der Befragten in Westdeutschland (W) und 76 Prozent der Befragten in Ostdeutschland (O) sind mit ihrer Lebensführung zufrieden.

76 Prozent (W) schauen eher optimistisch in die Zukunft.
70 Prozent (O)
78 Prozent (W) sagen, daß zu viel gejammert werde.
62 Prozent (O)
58 Prozent (W) schätzen die eigene Wirtschaftslage als gut ein.
44 Prozent (O)

32 Prozent (W) schätzen die eigene Wirtschaftslage als zufriedenstellend ein.
43 Prozent (O)

76 Prozent (W) sind der Meinung, daß sich die Soziale Marktwirtschaft bewährt habe.
62 Prozent (O)

- Der seit vierzehn Monaten ansteigende FAZ-Konjunkturindikator lag im Juli bei einem Wert von 112,6. Das sind 10,8 Prozentpunkte mehr als im Vorjahreszeitraum. Der Handelsblatt-Frühindikator erreichte im Juli nach einjähriger Aufwärtsentwicklung einen Wert von plus 1,3 Prozent. Er lag damit deutlich über dem Stand vom Juli 1993 (minus 1,8 Prozent).
- Auch die Wirtschaftsforschungsinstitute und Konjunkturoptimisten korrigieren ihre im letzten Jahr gemachten Voraussagen für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ständig nach oben.

OECD:

Wirtschaftswachstum 1994 in Deutschland: 1,8 Prozent

Wirtschaftswachstum 1995 in Deutschland: 2,6 Prozent

Im zweiten Halbjahr 1995 wird Deutschland gemäß der OECD-Prognose das größte Wirtschaftswachstum aller westlichen Industrieländer aufweisen.

Exporte neue Bundesländer 1994: plus 21,8 Prozent

Exporte neue Bundesländer 1995: plus 23,5 Prozent

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Wirtschaftswachstum in Deutschland 1994: 2,0 Prozent

1995: 2,5 Prozent

Institut für Weltwirtschaft (IfW):

Wirtschaftswachstum 1994 in Westdeutschland: 1,5 Prozent
 Wirtschaftswachstum 1994 in Ostdeutschland: 9 Prozent
 Wirtschaftswachstum 1995 in Westdeutschland: über 2 Prozent
 Wirtschaftswachstum 1995 in Ostdeutschland: 10 Prozent

Deutscher Sparkassen- und Giroverband:

Wirtschaftswachstum 1994 in Deutschland: 2,0 Prozent

FAZ- Informationsdienst:

Wirtschaftswachstum 1994 in Westdeutschland: 1,5 Prozent
 Wirtschaftswachstum 1994 in Ostdeutschland: 8,0 Prozent
 Wirtschaftswachstum 1995 in Westdeutschland: 2,5 Prozent
 Wirtschaftswachstum 1995 in Ostdeutschland: 9 Prozent
 Exporte 1994 Westdeutschland: plus 5,5 Prozent
 Exporte 1995 Westdeutschland: plus 6,5 Prozent

● **Selbst das gewerkschaftsnahe Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt in der Bilanz zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland im ersten Quartal 1994 zu positiven Ergebnissen:**

Wirtschaftswachstum Westdeutschland: 2,1 Prozent
 Wirtschaftswachstum Ostdeutschland: fast 11 Prozent

Rasanter Aufschwung in Ostdeutschland hält an

Auftragseingang Februar und März 1994 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum:

Verarbeitendes Gewerbe:

plus 16,5 Prozent
 Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe: plus 10,9 Prozent
 Investitionsgüter des produzierenden Gewerbes: plus 16,4 Prozent
 Verbrauchsgüter des produzierenden Gewerbes: plus 26,8 Prozent

Konjunkturelle Erholung
in Westdeutschland
hat begonnen
Auftragseingang April und Mai 1994 im Vergleich zum Vorjahr:
Verarbeitendes Gewerbe:

plus 6,4 Prozent
 Kunststoff- und Produktionsgütergewerbe: plus 9,6 Prozent
 Investitionsgüter des produzierenden Gewerbes: plus 6,2 Prozent
 Verbrauchsgüter des produzierenden Gewerbes: plus 1,7 Prozent

Nettoproduktion April und Mai 1994 im Vergleich zum Vorjahr:
Produzierendes Gewerbe:

plus 2,3 Prozent
 Verarbeitendes Gewerbe: plus 2,5 Prozent
 Grundstoff- und Produktionsgüter: plus 6,2 Prozent
 Investitionsgüter: plus 2,2 Prozent
 Nahrungs- und Genußmittel: plus 1,2 Prozent
 Elektrizitäts- und Gasversorgung: plus 4,7 Prozent

Aufschwung
auf solidem Fundament wird
sich 1995 verstärken

Der Wirtschaftsaufschwung in ganz Deutschland ist auf einem soliden Fundament gebaut. Während von 1990 bis 1993 1,4 Millionen Wohnungen in Deutsch-

Grundlagen praktischer Kommunalpolitik

Die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. in Sankt Augustin hat aktuell eine neue Auflage der Schriftenreihe „Grundlagen praktischer Kommunalpolitik“ vorgelegt. In sieben Heften werden die wichtigsten Bereiche der kommunalen Selbstverwaltung in komprimierter Form dargestellt. Das Spektrum der Betrachtung reicht von den Themen Haushalt und Finanzen über Schule, Freizeit, Sport, Kultur bis hin zu den Fragen von Planen, Bauen, Umwelt und Verkehrspolitik.

Die Schriftenreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung eignet sich sowohl für den kommunalpolitisch interessierten Bürger als auch für den Mandatsträger vor Ort, um sich in die oft komplexe

Materie in den verschiedenen Fachbereichen vertieft einarbeiten zu können. Wichtige Hinweise für die parteipolitische Arbeit vor Ort werden zugleich in dieser Schriftenreihe gegeben, die insbesondere auch umfassende Hinweise auf weiterführende Literatur enthält.

Die Dokumentation kann direkt von der Konrad-Adenauer-Stiftung bezogen werden. Ansprechpartner ist der Herausgeber:

Dr. Gunter Dill
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Telefon: 02241/246-291
Fax: 02241/246-611

land fertiggestellt wurden, werden es allein in diesem Jahr 550.000 sein. Die Baugenehmigungen in den alten Bundesländern stiegen im ersten Quartal 1994 im Vergleich zum Vorjahr um fast 20 Prozent, in den neuen Bundesländern sogar um 119 Prozent!

Die Kapazitätsauslastung in der deutschen Wirtschaft nimmt seit dem Frühjahr wieder zu. Der Export ist eine wesentliche Stütze der konjunkturellen Besserung, zumindest in Westdeutschland. Von Januar bis April 1994 lag der Überschuß in der Handelsbilanz bei steigenden Exporten und gleichbleibenden Importen mit 23,2 Milliarden Mark um 12,5 Milliarden Mark höher als zum Vorjahreszeitraum.

Die deutsche Wirtschaft wächst in einem ruhigen Preisklima. Die Preissteigerungsraten in West- und Ostdeutschland haben sich im Juni weiter angeglichen. Sie lagen in den alten Bundesländern bei 3,0 Prozent und in den neuen Bundesländern bei

3,2 Prozent. Im Jahresdurchschnitt 1993 betrug die Inflationsrate in Westdeutschland noch 4,2 Prozent und in Ostdeutschland sogar 8,8 Prozent. Der Stabilitätsgewinn kann nicht hoch genug bewertet werden: Ein Prozentpunkt weniger Inflation bringt den Menschen in Deutschland einen Kaufkraftgewinn von 18 Milliarden DM im Jahr.

Das in diesem Jahr zu erwartende Wirtschaftswachstum reicht zwar nicht aus, um die Arbeitslosigkeit sofort zu verringern. Trotzdem gibt es erste Anzeichen, daß sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt wesentlich besser entwickelt als noch zur Jahreswende vorhergesagt. In Westdeutschland ging die Arbeitslosigkeit im Juni erstmals seit Herbst 1991 auch saisonbereinigt zurück. In den neuen Bundesländern belebte sich die Kräftenachfrage vor der Sommerpause deutlich. Dazu tragen vor allem die 460.000 Selbständigen bei, die rund 3,1 Millionen Menschen Arbeit geben.

Wilfried Hasselmann wird 70

Hunderte von Metern lang war die Schlange der 1500 Gäste, die sich in brütender Sommerhitze geduldig anstellten: Wilfried Hasselmann feierte in Nienhof bei Celle seinen 70. Geburtstag.

Aus allen Teilen Niedersachsens, aus Sachsen-Anhalt und aus Bonn trafen sich Freunde und politische Weggefährten, um dem Ehrenvorsitzenden der Niedersachsen-CDU zu gratulieren.

Der frühere Ministerpräsident Ernst Albrecht erinnerte in seiner Laudatio an 14 gemeinsame Regierungsjahre, „die nicht immer einfach waren, aber auch erst einmal nachgemacht werden müssen“, so Albrecht. Das Duo Albrecht/Hasselmann konnte den Einfluß Niedersachsens in der Bundesrepublik deutlich verstärken.

„Glücksfall für die CDU“

Ohne den Namen Hasselmann ist die Geschichte der Landes-CDU von den Anfängen bis zum Aufstieg zur Regierungspartei nicht denkbar. Er hat die niedersächsische Landespolitik maßgeblich mitgeprägt und war ein „Glücksfall für die CDU“.

Hasselmann, 1924 in Celle geboren, heiratete 1955 seine Frau Marianne, mit der er zwei Söhne hat, und übernahm den elterlichen Hof, der heute wie damals drei Generationen unter einem Dach vereint. Er engagierte sich in der Landjugendbewegung als Kreis- und Landesvorsitzender. 1961 trat er in die CDU ein und wurde bereits 1963 Abgeordneter im Niedersächsischen Landtag, dem er 31 Jahre bis 1994 angehörte.

Im Herbst 1975 verzichtete er auf eine erneute Kandidatur als Ministerpräsident



Foto: Joachim Gesel

tenkandidat und machte den Weg frei für Ernst Albrecht, der 1976 überraschend als Nachfolger von Ministerpräsident Kubel (SPD) gewählt wurde. Im Kabinett Albrecht übernahm Hasselmann das Ministerium für Bundesangelegenheiten und konnte dort „sein“ Niedersachsen über Jahre exzellent vertreten.

... kämpft wie eh und je

Rastlos setzte sich Hasselmann nach der Wende in den neuen Bundesländern ein, besonders in Sachsen-Anhalt. „Wenn ich gebraucht werde, helfe ich“, sagte er und kämpft wie eh und je für seine Partei. Er ist älter geworden und doch jung geblieben. „Lieber verschleißen als verrosten.“

Wilfried Hasselmann ist seit 1955 verheiratet, hat zwei Söhne und fünf Enkelkinder. Seine Frau Marianne und seine Familie sind für ihn immer Halt und „Sicherheitsgurt seines Lebens“ gewesen.

Lebenssituationen von Frauen nach dem Mauerfall

Ausgabe 3/94 von „Die Frau in unserer Zeit“ erschienen

Die neue Ausgabe der Zeitschrift „Die Frau in unserer Zeit“ widmet sich dem Thema „Fünf Jahre ohne Mauer: Lebensentwürfe von Frauen im Wandel“. Dr. Gabriele Metzler von der Universität Frankfurt geht in ihrem Beitrag „Karriere hat kein Geschlecht“ der Frage nach Vorurteilen gegen aufstiegswillige Frauen nach. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus westlicher bzw. östlicher Sicht nehmen die Gleichstellungsbeauftragten Christine Bertram-Maxer (Stadt Bonn) und Andrea Keller (Bautzen) unter die Lupe. Dem Thema „Hausfrau im vereinten Deutschland“ widmet sich Siglinde Porsch, Präsidentin des Deutschen

Hausfrauenbundes, während Dr. Ursula Schröter vom Institut für Sozialdatenanalyse in Berlin dem Problem der Frauenarbeitslosigkeit nachgeht. Renate Augstein (Bundesministerium für Frauen und Jugend) und Dr. Cora Stephan widmen sich in ihren Beiträgen der Frauenbewegung.

Probeexemplare erhalten Sie über die Redaktion der Zeitschrift in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin unter der Rufnummer 02241/246-662 oder beim Verlag unter der Rufnummer 05422-9432-0.

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. sucht zum 1. Oktober 1994 für die Bundesgeschäftsstelle in Bonn eine(n) hauptamtliche(n)

Geschäftsführer(in)

Aufgaben:

- Führung der Bundesgeschäftsstelle
- Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Veranstaltungen und Premiensitzungen des Bundesverbandes
- Kontaktpflege zu anderen Jugendverbänden sowie Organisationen im vopolitischen Raum
- Kontakt zu bezuschussenden Stellen sowie die damit verbundene administrative Abwicklung des Antrags- und Abrechnungswesens

Anforderungen:

Abgeschlossenes Hoch-/Fachhoch-

schulstudium oder vergleichbare Berufserfahrung, ehren- oder hauptamtliche Erfahrungen in der Jugendverbandsarbeit, überdurchschnittliches Engagement und Einsatzbereitschaft, Fähigkeit zu rascher Einarbeitung in unterschiedliche Aufgabenstellungen, kaufmännische Grundkenntnisse.

Vergütung erfolgt in Anlehnung an BAT III/II

Frischluff e.V. ist anerkannter Träger der freien Jugendhilfe (§ 75 KJHG).

Bewerbungen senden Sie bitte bis zum 31. August 1994 schriftlich, einschließlich aller üblichen Unterlagen an die Bundesgeschäftsstelle von Frischluft e.V., Herrn André Chahoud, Annaberger Straße 283, 53175 Bonn, Tel.: 0228/3100 23.

Zukunft statt PDS-Gefahr von links! Linksfront



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

● Zukunft statt Linksfront. PDS – Gefahr von links

Die PDS hat das Erbe der alten SED angetreten. Durch eine einfache Namensänderung wurde aus der Sozialistischen Einheitspartei die „Partei des demokratischen Sozialismus“. Das hat aber nichts daran geändert, daß die PDS nach wie vor von kommunistischem Gedankengut geprägt ist. Die PDS setzt darauf, die Stimmung in den neuen Ländern mies zu machen. Sie versucht, neue Mauern in den Köpfen zu errichten.

Die vorliegende Broschüre enthält 10 Thesen zur Auseinandersetzung mit der PDS und informiert zugleich über die wahren Ziele der PDS.

Bestell-Nr.: **5956**

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 21,— DM

**Der Text der Broschüre ist Inhalt
des UiD-Extra dieser Ausgabe.**

Familienurlaub



CDU

● Familienurlaub

Der Bundesfachausschuß Familienpolitik hatte im letzten Jahr viele Familien dazu aufgerufen, ihre Erfahrungen zum Thema „Urlaub mit Kindern“ aufzuschreiben. Aus den zahlreichen Einsendungen ist nun die Broschüre „Familienurlaub“ entstanden, die u. a. auch Tips und Hinweise für einen kostengünstigen Urlaub enthält.

Bestell-Nr.: **4925**

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis je 25 Expl.: 15,50 DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 11 64, 33759 Versmold

Fax (0 54 23) 54 69, 4 15 21

und 4 28 20

Preise zuzüglich MwSt., inklusive Versand

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Auf in die Zukunft...



aber nicht auf roten Socken!

CDU

● **Postkarte: Auf in die Zukunft, aber nicht auf roten Socken!**

Bestell-Nr.: **9962** — Verpackungseinheit: 100 Expl. — Preis je 100 Expl.: 9,90 DM

UID

25/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** WVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.